



NIEDERSCHRIFT

9. Sitzung (VII. Legislaturperiode)

Gemeinsamer Betriebsausschuss für die Eigenbetriebe der Stadt Korschenbroich "Städt. Abwasserbetrieb" und "Stadtpflege"

Sitzungsdatum:
Dienstag, 19.09.2006

Beginn:
18:00 Uhr

Sitzungsort:
**Schulungsraum Feuerwache,
41352 Korschenbroich**

Tagesordnung:

I. Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.

II. Öffentlicher Teil

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin
2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift
3. Einführung und Verpflichtung der sachkundigen Bürger/Bürgerinnen
4. Jahresabschluss und Lagebericht des Eigenbetriebes Stadtpflege für das Wirtschaftsjahr 2005 Vorlage VII/582
5. Verwendung des Jahresgewinns des Eigenbetriebes Stadtpflege aus dem Wirtschaftsjahr 2005 Vorlage VII/583
6. Jahresabschluss und Lagebericht des Städtischen Abwasserbetriebes Korschenbroich für das Wirtschaftsjahr 2005 Vorlage VII/584
7. Verwendung des Jahresgewinns des Städtischen Abwasserbetriebes Korschenbroich aus dem Wirtschaftsjahr 2005 Vorlage VII/585

8. Halbjahresbericht des Eigenbetriebes Stadtpflege für das Wirtschaftsjahr 2006
hier: Unterrichtung über die Entwicklung der Aufwendungen und Erträge sowie über die Einhaltung des Vermögensplanes zum 30.06.2006
Vorlage VII/553
 9. Halbjahresbericht des Städtischen Abwasserbetriebes Korschenbroich für das Wirtschaftsjahr 2006
hier: Unterrichtung über die Entwicklung der Aufwendungen und Erträge sowie über die Einhaltung des Vermögensplanes zum 30.06.2006
Vorlage VII/554
 10. Sohlenregulierung Fluitbach,
hier: Durchführung einer Anliegerversammlung
Vorlage VII/594
 11. Anfragen von Ausschussmitgliedern
 12. Mitteilungen
- III. Nichtöffentlicher Teil**
1. Sohlenregulierung Fluitbach
hier: Vergabe der Ingenieurleistungen bis zur Leistungsphase 5 "Ausführungsplanung"
Vorlage VII/595
 2. Optimierung des Betriebes von Regenklärbecken
hier: Vergabe der Ingenieurleistungen
Vorlage VII/596
 3. Mitteilungen
 4. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Anwesenheitsliste**9. Sitzung des Gemeinsamen Betriebsausschusses
19. September 2006, 18:00 Uhr**

Anwesend:**Ausschussvorsitzender**

Esser, Peter

CDU-RatsfraktionBrieske, Reinhard
Indenhuck, Hubert
Krappa, Gerd
Türks, Hans Willi**SPD-Ratsfraktion**Afflerbach, Ulrich
Schüller, Harald**Ratsfraktion Die Aktive**

Schmier, Rolf

(als Vertreter für Külbs, Christian)

UWG-Ratsfraktion

Menn, Ulrich

Beschäftigte der EigenbetriebeKlerx, Albert
Schmitz, Wolfgang
Tschirner, Markus
Türks, Yvonne**Beratendes Mitglied gemäß § 58 Abs. 1 GO NW**

Gruhl, Hermann-Joseph

(als Vertreter für Trautermann, Herbert)

Houben, Wolfgang

(als Vertreter für Lufen, Sabine/Sitta, Claudia)

Von der Verwaltung anwesend

Bürgermeister Dick, Heinz Josef

Beigeordneter Stadtkämmerer Schultze, Bernd Dieter

Werkleiter Onkelbach, Georg

Dipl.-Ing. Kochs, Thomas

Dipl.-Kauffrau Jacob, Anja

(Schriftführerin)

Gäste

Herr Lewe

Ernst & Young AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Herr Robertz

Ernst & Young AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Der Ausschussvorsitzende Peter Esser eröffnet die 9. Sitzung des Gemeinsamen Betriebsausschusses und stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Weiter stellt er fest, dass der Gemeinsame Betriebsausschuss für die Eigenbetriebe der Stadt Korschenbroich "Städt. Abwasserbetrieb" und "Stadtpflege" beschlussfähig ist. Einwendungen werden nicht erhoben.

I. Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.

II. Öffentlicher Teil

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin

Zur Fertigung der Niederschrift wird Dipl.-Kaufrau Anja Jacob einstimmig bestellt.

2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Zur Mitunterzeichnung der Sitzungsniederschrift wird das Ausschussmitglied Harald Schüller einstimmig bei einer Stimmenthaltung benannt.

3. Einführung und Verpflichtung der sachkundigen Bürger/Bürgerinnen

Es wurde keine Einführung und Verpflichtung vorgenommen.

4. Jahresabschluss und Lagebericht des Eigenbetriebes Stadtpflege für das Wirtschaftsjahr 2005

Herr Robertz, Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft AG, erläutert ausführlich den vorgelegten Prüfungsbericht zum Jahresabschluss 2005 des Eigenbetriebes Stadtpflege. Die Abschlüsse der beiden Eigenbetriebe wurden in diesem Jahr erstmalig von Ernst & Young geprüft.

Er geht insbesondere auf die Vermögenslage, die Ertragslage einschließlich der Aufgliederung der Umsatzerlöse ein und erklärt, dass die Buchführung und der Jahresabschluss den rechtlichen Voraussetzungen entsprechen. Als Ergebnis weist der Jahresabschluss des Eigenbetriebes Stadtpflege für das Wirtschaftsjahr 2005 einen Jahresgewinn in Höhe von 3.427,57 EUR aus, wovon 3.068,00 EUR an den städtischen Haushalt abgeführt werden sollen. Der restliche Jahresgewinn in Höhe von 359,57 EUR soll in die Rücklage für Anlagenerhaltung eingestellt werden.

Die Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft AG erteilt für den Jahresabschluss zum 31.12.2005 den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk. Auch die Prüfung nach § 53 HGrG hinsichtlich der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung sowie der wirtschaftlichen Verhältnisse hat keine Besonderheiten ergeben.

Ausschussmitglied Ulrich Menn fragt nach, ob der Eigenbetrieb Stadtpflege über eine ausreichende Ausstattung mit Eigenkapital verfügt.

Herr Lewe, Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft AG, erklärt, dass die allgemeine Forderung nach Fristenparallelität, die in der „Goldenen Bilanzregel“ konkretisiert wird, welche besagt, dass langfristig gebundene Vermögensobjekte insgesamt auch mindestens durch langfristig bereitgestelltes Kapital zu finanzieren ist, mehr als gewährleistet ist.

Ausschussmitglied Hans-Willi Türks wertet das Prüfungsergebnis dahingehend, dass der Stadtpflegebetrieb im Jahre 2005 gute Arbeit geleistet hat und möchte den Mitarbeitern sowie der Betriebsleitung seinen Dank aussprechen.

Beschluss-Nr. VII/582	Abstimmungsergebnis:	12 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
<p>Der Gemeinsame Betriebsausschuss für die Eigenbetriebe der Stadt Korschenbroich "Städt. Abwasserbetrieb" und "Stadtpflege" empfiehlt dem Rat der Stadt Korschenbroich, den Jahresabschluss und den Lagebericht des Eigenbetriebes Stadtpflege für das Wirtschaftsjahr 2005 festzustellen.</p> <p>Der Geschäftsbericht 2005 besteht aus der Schlussbilanz zum 31.12.2005, der Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr vom 01.01.2005 bis 31.12.2005, dem Anhang und dem Lagebericht.</p> <p>Darüber hinaus empfiehlt der Betriebsausschuss dem Rat der Stadt Korschenbroich, dem Bürgermeister und der Betriebsleitung für das Wirtschaftsjahr 2005 vorbehaltlose Entlastung zu erteilen.</p>		

5. Verwendung des Jahresgewinns des Eigenbetriebes Stadtpflege aus dem Wirtschaftsjahr 2005

Beschluss-Nr. VII/583	Abstimmungsergebnis:	12 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
<p>Der Gemeinsame Betriebsausschuss für die Eigenbetriebe der Stadt Korschenbroich "Städt. Abwasserbetrieb" und "Stadtpflege" empfiehlt dem Rat der Stadt Korschenbroich, von dem Jahresgewinn 2005 des Eigenbetriebes Stadtpflege von 3.427,57 EUR einen Betrag in Höhe von 3.068,00 EUR an den städtischen Haushalt abzuführen und den restlichen Jahresgewinn in Höhe von 359,57 EUR in die Rücklage für Anlagenerhaltung einzustellen.</p>		

6. Jahresabschluss und Lagebericht des Städtischen Abwasserbetriebes Korschenbroich für das Wirtschaftsjahr 2005

Herr Lewe, Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft AG, erläutert ausführlich den vorgelegten Prüfungsbericht zum Jahresabschluss 2005 des Städtischen Abwasserbetriebes Korschenbroich. Er geht insbesondere auf die Unternehmenskennzahlen, die Vermögenslage, den Erfolgsvergleich einschließlich der Aufgliederung der Umsatzerlöse sowie das Prüfungsergebnis ein. Als Ergebnis weist der Jahresabschluss des Städtischen Abwasserbetriebes Korschenbroich für das Wirtschaftsjahr 2005 einen Jahresgewinn in Höhe von 1.078.488,40 EUR aus, wovon 429.485,00 EUR an den städtischen Haushalt abgeführt werden sollen. Der restliche Jahresgewinn in Höhe von 649.003,40 EUR soll in die Rücklage für Anlagenerhaltung eingestellt werden.

Die Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft AG erteilt für den Jahresabschluss zum 31.12.2005 den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Herr Lewe, Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft AG, erklärt, dass die Buchführung und der Jahresabschluss den rechtlichen Voraussetzungen entsprechen. Auch eine Prüfung nach § 53 HGrG hinsichtlich der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung sowie der wirtschaftlichen Verhältnisse hat keine Besonderheiten ergeben. Es kann festgehalten werden, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse in Ordnung sind.

Ausschussmitglied Rolf Schmier regt an, den Mehrjahresvergleich auf Seite 4 des Berichtes von Berichtsjahr und Vorjahr auf fünf Jahre auszudehnen, da dies informativer sei.

Herr Robertz, Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft AG, teilt dazu mit, dass der Mehrjahresvergleich fortgeführt wird und dann auch die Historie zeigt. Im Berichtsjahr ist dies nicht erfolgt, da Ernst & Young 2005 die erstmalige Prüfung durchgeführt hat.

Ausschussmitglied Rolf Schmier bemerkt, dass ihm im Bericht auf Seite 5 der Anlage 4 die voraussichtliche Entwicklung des Eigenbetriebes zu kurz dargestellt sei und die Gegenüberstellung von Planansatz aus dem Wirtschaftsplan und tatsächlichem Ergebnis fehlt.

Herr Lewe, Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft AG, erwidert daraufhin, dass von der Ordnungsseite (u. a. HGB, EigVO) bestimmte Vorgaben gemacht werden, die als Pflichtangaben in der Berichterstattung verlangt werden und mit diesen kurzen und prägnanten Formulierungen im Prüfungsbericht den Anforderungen genüge getan wurde.

Dipl.-Kauffrau Anja Jacob ergänzt dazu, dass die Unterrichtung über die Entwicklung bzw. Gegenüberstellung der Ist-Daten zu den Ansätzen im Wirtschaftsplan schon immer im Rahmen der Berichterstattung der Betriebsleitung zu den Halbjahresberichten erfolgt.

Ausschussmitglied Rolf Schmier zweifelt an, ob das Preis-Leistungs-Verhältnis bei den hohen Beiträgen, die an die Wasserverbände zu zahlen sind, gerechtfertigt sei.

Bürgermeister Heinz Josef Dick erwidert daraufhin, dass die Stadt keinen direkten Zugriff auf die Entwicklung der Beiträge bei den Wasserverbänden hat. Die einschlägigen Umweltgesetze werden zu Gunsten der Bevölkerung umgesetzt und im Abwasserbereich leisten die Klärwerke auch hervorragende Arbeit, was jedoch seinen Preis hat. Alles andere bleibt der politischen Wertung vorbehalten.

Ausschussmitglied Hans-Willi Türks bedankt sich auch im Namen des gesamten Ausschusses bei der Betriebsleitung für die gute Arbeit im vergangenen Jahr und bittet darum, den Dank auch an die Mitarbeiter des Abwasserbetriebes weiter zu geben.

Der Ausschussvorsitzende Peter Esser schließt sich den Worten seines Vorredners an.

Beschluss-Nr. VII/584	Abstimmungsergebnis: 12 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
<p>Der Gemeinsame Betriebsausschuss für die Eigenbetriebe der Stadt Korschenbroich "Städt. Abwasserbetrieb" und "Stadtpflege" empfiehlt dem Rat der Stadt Korschenbroich, den Jahresabschluss und den Lagebericht des Städtischen Abwasserbetriebes Korschenbroich für das Wirtschaftsjahr 2005 festzustellen.</p> <p>Der Geschäftsbericht 2005 besteht aus der Schlussbilanz zum 31.12.2005, der Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr vom 01.01.2005 bis 31.12.2005, dem Anhang und dem Lagebericht.</p> <p>Darüber hinaus empfiehlt der Betriebsausschuss dem Rat der Stadt Korschenbroich, dem Bürgermeister und der Betriebsleitung für das Wirtschaftsjahr 2005 vorbehaltlose Entlastung zu erteilen.</p>	

7. Verwendung des Jahresgewinns des Städtischen Abwasserbetriebes Korschenbroich aus dem Wirtschaftsjahr 2005

Beschluss-Nr. VII/585	Abstimmungsergebnis: 12 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
<p>Der Gemeinsame Betriebsausschuss für die Eigenbetriebe der Stadt Korschenbroich "Städt. Abwasserbetrieb" und "Stadtpflege" empfiehlt dem Rat der Stadt Korschenbroich, von dem Jahresgewinn 2005 des Städtischen Abwasserbetriebes Korschenbroich von 1.078.488,40 EUR einen Betrag in Höhe von 429.485,00 EUR an den städtischen Haushalt abzuführen und den restlichen Jahresgewinn in Höhe von 649.003,40 EUR in die Rücklage für Anlagenerhaltung einzustellen.</p>	

8. Halbjahresbericht des Eigenbetriebes Stadtpflege für das Wirtschaftsjahr 2006 hier: Unterrichtung über die Entwicklung der Aufwendungen und Erträge sowie über die Einhaltung des Vermögensplanes zum 30.06.2006

Betriebsleiter Georg Onkelbach gibt einen kurzen Ausblick auf das nächste halbe Jahr. Bei Aufstellung des Budget-Planes 2006 konnten einige Faktoren noch nicht berücksichtigt werden, da diese zum damaligen Zeitpunkt noch nicht bekannt waren. Dies betrifft die Mehrausgaben bei den Personalkosten für die Winterdienstbereitschaftszeiten aus der Neuregelung des TVöD, die gestiegenen Kraftstoffpreise sowie die höheren Gebühren für die Abfallentsorgung. Um diese ungeplanten und unbeeinflussbaren Mehrkosten aufzufangen, damit der Budgetrahmen nicht überschritten wird, wurde in Abstimmung mit dem Stadtkämmerer im Personalbereich eingespart. Eine freie Stelle bleibt bis auf weiteres unbesetzt und für eine andere Stelle wird - trotz Ablauf der Lohnfortzahlung - auf eine Krankheitsvertretung verzichtet. Die im Stellenplan anerkannte Besetzung von 33 Arbeiterstellen ist demnach um zwei unterschritten und liegt bei 31. Es ist jetzt schon abzusehen, dass es für das Jahr 2007 sehr eng wird. Die positiven Aspekte, die noch in 2006 dazu führen, dass ausgeglichene Zahlen vorgelegt werden können, sind für das nächste Jahr nicht zu

erkennen. Die Personalbesetzung ist jedoch mit der Zahl von 31 Mitarbeitern am unteren Ende der Fahnenstange angelangt. Der Personalbestand muss wieder angepasst werden, ansonsten ist der Stadtpflegebetrieb von Aufgaben zu entlasten.

Ausschussmitglied Wolfgang Schmitz führt aus, dass Tarifabschlüsse nicht dazu führen dürfen, dass Aufgaben nicht erledigt werden können und die Mitarbeiter darunter leiden. Die Mitarbeiterzahl ist am unteren Limit angelangt. Das Budget ist zu erhöhen, damit für die zwei nicht besetzten Stellen im Arbeiterbereich im nächsten Jahr wieder Personal eingestellt wird.

Bürgermeister Heinz Josef Dick erklärt, dass diese Thematik auch Gegenstand der Haushaltsberatungen 2007 sein wird. Die derzeit starke Einschränkung des Personals kann kein Dauerzustand sein. Der Rat ist das Entscheidungsgremium und muss die Beschlüsse fassen.

Beigeordneter Bernd Dieter Schultze ergänzt, dass er die Forderung nach Stellenbesetzung verstehen kann. Beim Stadtpflegebetrieb sind die Grenzen der Aufgabenerledigung erreicht. Bei den anstehenden Haushaltsberatungen wird es jedoch angesichts der angespannten Haushaltslage schwierig sein, die Forderungen umzusetzen. Der Tarifabschluss war kontraproduktiv, was die Beschäftigung betraf. Es geht jetzt daran, sich Gedanken zu machen in welchem Umfang Leistungen eingeschränkt werden können.

Ausschussmitglied Hans-Willi Türks führt aus, dass die Mitarbeiter ihr Bestes geben und die Stadt an einem Punkt angekommen ist, wo am Pflegestandard nicht noch weiter eingespart werden soll. Er gibt auch zu bedenken, dass Aufgaben wie z. B. die neue Hauptschule Kleinenbroich hinzugekommen sind. Die zu erzielenden Einsparungen dürfen jedoch nicht auf Kosten der Standards erfolgen.

Ausschussmitglied Ulrich Afflerbach bemerkt, dass man sich in einer Zwickmühle befindet. Auf der einen Seite ist der Bedarf vorhanden, jedoch sind auf der anderen Seite die finanziellen Mittel knapp. Er erwartet jedoch genauere Informationen darüber, wo der Bedarf ist.

Bürgermeister Heinz Josef Dick erwidert daraufhin, dass der Arbeitskreis Stadtpflege diese Daten in der letzten Legislaturperiode aufgearbeitet hat. Dabei muss er sich auch schützend vor die Mitarbeiter stellen, da bei Betriebsgründung noch 44 Arbeiter beschäftigt waren und zurzeit von 33 Planstellen nur 31 Stellen besetzt sind. Die Politik ist gefordert und muss klare Vorgaben machen, was sie umgesetzt haben will.

Auch Ausschussmitglied Wolfgang Houben ist der Auffassung, dass die benötigten Informationen längst vorliegen und der Auftrag an die Politik selbst geht, weil diese vorgeben muss, was sie will. Es ist nicht damit getan zu sagen, die Standardfrage kann nur mit nein beantwortet werden, der Pflegestandard ist nicht abzusenken, das Personal ist nicht aufzustocken und auch das Budget kann nicht weiter ausgedehnt werden.

Betriebsleiter Georg Onkelbach geht noch einmal auf die Friedhöfe ein und erklärt, dass für diesen Bereich der Personaleinsatz sowieso seit Jahren gedeckelt wurde. Die variablen Stellschrauben liegen in den anderen Bereichen. Auf den acht Friedhöfen im Stadtgebiet sind 6,5 Mitarbeiter eingesetzt. Dies ist die absolut unterste Grenze, was auch die Größe der zu pflegenden Fläche betrifft. Mit Rücksicht auf den Gebührenhaushalt im Friedhofswesen wurden hier keine Veränderungen vorgenommen. Es liegt natürlich im Empfinden des Einzelnen, was er als gepflegten Zustand ansieht. Hier ist ein vernünftiger Mittelweg zu finden.

Der Betriebsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zum Halbjahresbericht ohne besondere Beschlussfassung zur Kenntnis.

Beschluss-Nr. VII/553

Der Gemeinsame Betriebsausschuss für die Eigenbetriebe der Stadt Korschenbroich "Städt. Abwasserbetrieb" und "Stadtpflege" nimmt die Ausführungen der Verwaltung zum Halbjahresbericht 2006 des Eigenbetriebes Stadtpflege zur Kenntnis.

9. Halbjahresbericht des Städtischen Abwasserbetriebes Korschenbroich für das Wirtschaftsjahr 2006

hier: Unterrichtung über die Entwicklung der Aufwendungen und Erträge sowie über die Einhaltung des Vermögensplanes zum 30.06.2006

Beschluss-Nr. VII/554

Der Gemeinsame Betriebsausschuss für die Eigenbetriebe der Stadt Korschenbroich "Städt. Abwasserbetrieb" und "Stadtpflege" nimmt die Ausführungen der Verwaltung zum Halbjahresbericht 2005 des Städtischen Abwasserbetriebes Korschenbroich zur Kenntnis.

10. Sohlenregulierung Fluitbach

hier: Durchführung einer Anliegerversammlung

Dipl.-Ing. Thomas Kochs erläutert anhand einer grafischen Darstellung ausführlich die Situation entlang des Fluitbaches über eine Länge von rd. 3 km, die um aktuelle Fotos zu einigen Gewässerquerungen ergänzt wird. Entweder wird am linken Ufer oder am rechten Ufer das Gewässer von privater Bebauung sehr eingeschränkt. Die Rohrdurchlässe sind größtenteils nicht auf der richtigen Sohlage verlegt oder werden durch einzelne Versorgungsträger benutzt. Die Höhenlage der kreuzenden Versorgungsleitungen ist nicht bekannt. Die Gewässersohle ist mit den Jahren verschlammte und muss so entschlammt werden, dass eine ausreichende Vorflut erzielt wird. Die Tiefenlage richtet sich nach der Topographie. Dabei wurden für die Ermittlung der Sohlneigung die Durchlässe als Zwangspunkte am Anfang und am Ende als Fixpunkte angenommen um diese zu erhalten. Zwischen den Punkten wird das Sohlgefälle so angepasst, dass möglichst viele der vorhandenen Durchlässe nicht ausgewechselt werden müssen. Die meisten Durchlässe und Überfahrten des Fluitbaches lassen sich nicht in eine idealisierte Gradienten einbinden, d.h. die vorhandenen Durchlässe müssen zu einem großen Teil höhenmäßig angepasst und damit erneuert werden, um eine durchgehende Vorflut für den Fluitbach zu schaffen.

Dipl.-Ing. Thomas Kochs führt weiter aus, dass eine Archivrecherche ergab, dass es bereits 1964 Vorüberlegungen zu einer Sohlenregulierung gab, die jedoch aus unbekanntem Gründen nicht weiter verfolgt wurden.

Die Unterarbeitsgruppe 3, die im Auftrag der Arbeitsgruppe Grundwasser des Kreistages „Hilfsmöglichkeiten durch Optimierung von Oberflächengewässern“ zur Lösung der Grundwasserproblematik im Rahmen einer Patchwork-Lösung untersucht hat, hatte den Schluss gezogen, dass am Fluitbach zur Steigerung der Leistungsfähigkeit ein durchgängiges Sohlgefälle realisiert werden sollte. Bisher wird die Durchgängigkeit des Sohlgefälles durch etliche nicht genehmigte Rohrdurchlässe beeinträchtigt, die zudem nicht genehmigungsfähig sind. Dem Rhein-Kreis Neuss wurde ein Antrag auf Gewährung einer Zuwendung für Maßnahmen zur Sohlregulierung des Fluitbaches vorgelegt. Jedoch werden aus dem Kreishaus keine Mittel für die Erneuerung von ungenehmigten Rohrdurchlässen zur Verfügung gestellt. Es obliegt den Eigentümern der Rohrdurchlässe, diese so zu errichten und zu

erhalten, dass der ordnungsgemäße Zustand des Fluitbaches nicht beeinträchtigt wird. Nach Recherchen des Rhein-Kreises Neuss existieren 97 Gewässerverrohrungen, wobei es lediglich für drei von den für eine Erneuerung vorgesehenen Rohrdurchlässen eine wasserrechtliche Genehmigung nach § 99 LWG gibt. Nach Unterlagen des Abwasserbetriebes liegen elf Genehmigungen vor. Die Kosten für genehmigte Rohrdurchlässe, die konträr zur Sohlregulierung verlaufen, trägt die Stadt. Eine Konsenslösung mit den betroffenen Eigentümern wird favorisiert. Die Stadt wird mit Augenmaß an die Aufgabe gehen, insbesondere bei Härtefällen, wo zum Beispiel Häuser über die Rohre errichtet worden sind.

Ausschussmitglied Hans-Willi Türks erklärt, dass die Problematik bekannt ist und unterbreitet den Vorschlag, die Anliegerversammlung auf diejenigen Bürger zu beschränken, die direkt ein Brückenbauwerk am Fluitbach haben.

Dipl.-Ing. Thomas Kochs bemerkt, dass vorgesehen ist, alle Eigentümer eines Grundstückes am Fluitbach zur Anliegerversammlung einzuladen, da generell ein Informationsbedarf besteht. Es gibt 105 Anlieger, u. a. auch die Stadt Korschenbroich.

Ausschussmitglied Ulrich Afflerbach favorisiert die Umsetzung der alten geplanten Linie von 1964, um dadurch auch Grundwasser abzuleiten und fragt nach, was diese Variante kosten würde. Er sieht sich außerstande zum jetzigen Zeitpunkt über diesen Punkt zu entscheiden.

Dipl.-Ing. Thomas Kochs teilt dazu mit, dass es darum geht, den Hochwasserschutz sicherzustellen. Bei der geplanten Sohlenregulierung des Gewässers wird eine max. Tiefe von 1,20 bis 1,50 m erreicht. Es wird kein Gewässerausbau auf eine Tiefe von 4,00 m (Zustand von 1964) vorgenommen.

Bürgermeister Heinz Josef Dick ergänzt, dass für das nördliche Stadtgebiet (u. a. Raderbroich) kein Sumpfungseinfluss durch den rheinischen Braunkohletagebau gegeben ist. Sollte die Politik andere Höhenlagen haben wollen, muss dies beantragt werden.

Ausschussmitglied Rolf Schmier fragt nach, ob nicht bereits parallel zur Ausführungsplanung die Anliegerversammlung stattfinden sollte.

Ausschussmitglied Hans-Willi Türks erwidert daraufhin, dass zuerst die Grundlagen vorliegen müssen.

Auch Ausschussmitglied Ulrich Menn ist der Auffassung, dass erst die Planung erstellt werden muss und anschließend die Bürger zu beteiligen sind. Es ist darauf zu achten, dass die Bürger nicht diskriminiert werden und ihnen keine Schuldzuweisungen gemacht werden.

Ausschussmitglied Hubert Indenhuck möchte wissen, ob die Bürger evtl. ein Gewohnheitsrecht geltend machen können.

Dipl.-Ing. Thomas Kochs teilt dazu mit, dass es in der Wasserwirtschaft kein Gewohnheitsrecht gibt, da immer den aktuellen Anforderungen an Ökologie und Gewässerschutz Rechnung getragen werden muss.

Ausschussmitglied Rolf Schmier fragt nach dem Zeitrahmen.

Dipl.-Ing. Thomas Kochs berichtet, dass die Ausführungsplanung zum Jahreswechsel vorliegen soll und die Anliegerversammlung für Januar bzw. Februar 2007 geplant ist.

Der Betriebsausschuss fasst daraufhin folgenden Beschluss:

Beschluss-Nr. VII/594	Abstimmungsergebnis:	11 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 1 Stimmenthaltung
<p>Der Gemeinsame Betriebsausschuss für die Eigenbetriebe der Stadt Korschenbroich „Städt. Abwasserbetrieb“ und „Stadtpflege“ empfiehlt dem Rat der Stadt Korschenbroich einstimmig bei einer Stimmenthaltung der SPD, die Ausführungsplanung abzuwarten und anschließend eine Anliegerversammlung bzgl. der Sohlenregulierung Fluitbach zu beschließen, bei der die UWB des Rhein-Kreises Neuss als zuständige Genehmigungsbehörde die gesetzlichen Bestimmungen erläutert und die zeitliche Umsetzung der Maßnahme mit dem Abwasserbetrieb zusammen darlegt.</p>		

11. Mitteilungen

Dipl.-Ing. Thomas Kochs erläutert anhand einer grafischen Darstellung ausführlich die Überschwemmungsgebiete des Jüchener Baches, die der Erftverband in Zusammenarbeit mit dem StUA Krefeld erarbeitet hat. Er geht dabei auf die Überschwemmungsgebiete, die rückgewinnbaren Überschwemmungsflächen sowie das potentielle Überflutungsgebiet ein. Es erfolgt eine Offenlage der Pläne von 14 Tagen.

Der Ausschussvorsitzende Peter Esser teilt mit, dass der Erftverband daran interessiert ist, in der Schulstraße entlang des Jüchener Baches einen Arbeitsstreifen zu errichten, der dann auch als Verbindungsweg vom Kirmesplatz zum Nikolauskloster genutzt werden kann.

Bürgermeister Heinz Josef Dick berichtet, dass in letzter Zeit ein verstärkter Rattenbefall im Bereich des Jüchener Baches im Stadtteil Kleinenbroich festzustellen ist. Die Stadt Korschenbroich lässt beim verstärkten Auftreten von Ratten den Bachverlauf durch ein Schädlingsbekämpfungsunternehmen begehen. Bei diesen Bekämpfungsaktionen ist allerdings auch wiederholt festgestellt worden, dass der Jüchener Bach seit einiger Zeit verstärkt von Bisamratten befallen ist, die die Uferböschungen schädigen und das Flussbett untergraben. Da die Bisamratte jedoch kein nach dem Infektionsschutzgesetz zu bekämpfender Schädling ist und es sich hier auch nicht um jagdbares Wild handelt, kann allenfalls der Erftverband als Gewässerunterhalter eine Minimierung der Bisamratten-Population mit geeigneten Mitteln betreiben. Der Erftverband wurde darüber unterrichtet. Aus falsch verstandener Tierliebe sollten wildlebende Tiere nicht mit Essensresten gefüttert werden und so den Ratten als Nahrung dienen.

Es liegen keine weiteren Mitteilungen vor.

12. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Ausschussmitglied Ulrich Afflerbach fragt nach, ob für das Projekt „Düppheide - Umwandlung Mischsystem in Trennsystem“ eine Anliegerversammlung angedacht ist.

Dipl.-Ing. Thomas Kochs teilt dazu mit, dass vorab erst der eingereichte Zuschussantrag vom Zuschussgeber bewilligt werden muss. Dieser ist zurzeit noch bei der Bezirksregierung Düsseldorf in Bearbeitung.

Ausschussmitglied Rolf Schmier spricht die Kanalbaumaßnahme Konrad-Adenauer-Straße an, bei der es zu drei Absackungen gekommen ist.

Dipl.-Ing. Thomas Kochs berichtet, dass die Abnahme für die Kanalbaumaßnahme bereits erfolgte und die Gewährleistung läuft. Das heiße Wetter in diesem Sommer war Auslöser für diese Absackungen. Die bauausführende Firma wurde bereits aufgefordert, die Mängel zu beheben.

Es liegen keine weiteren Anfragen von Ausschussmitgliedern vor.